

Sprechen und Handeln im Breslauer Antisemitismus des Kaiserreichs*

In ihrer Analyse des modernen Antisemitismus betonte die sozialhistorische Forschung in Deutschland lange Zeit sozioökonomische Faktoren. Teilweise reduzierte sie Judenfeindschaft auf ein Epiphänomen allgemeiner Krisenlagen. Hans Rosenberg etwa deutete 1967 den Aufstieg des modernen Antisemitismus zwischen 1875 und 1895 als Produkt der Großen Depression. Noch 1978 riet Dirk Blasius den Historikern, „die ‚Judenfrage‘ mit dem Entwicklungsgang der modernen, kapitalistisch verfaßten Gesellschaft zu korrelieren.“¹ Blasius' Forderung entsprach den allgemeinen Tendenzen der politischen Sozialgeschichte der 1970er und frühen 1980er Jahre. Diese versuchte primär, die soziale Basis der Politik zu untersuchen und die das politische Handeln bestimmenden sozioökonomischen Interessen offenzulegen.² Bezeichnenderweise wurde von Shulamith Volkovs Vorschlag, den

* Für Kritik, Anregung und Ermunterung danke ich Olaf Blaschke, Dirk Bönker, Michael Hoffmann, Stefan-Ludwig Hoffmann, Rebecca Manley, Marline Otte, Lutz Raphael, James Retallack, Thomas Sandkühler, Martin Vogt und Hans-Ulrich Wehler sowie den Gutachtern der ÖZG. Ohne die finanzielle Unterstützung der *Studienstiftung des Deutschen Volkes*, des *Vidal Sassoon International Center for the Study of Antisemitism* und der *Memorial Foundation for Jewish Culture* hätte der Text nicht geschrieben werden können.

1 Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit*, Berlin 1967, 88–117, insbes. 94–96; Dirk Blasius, „Judenfrage“ und Gesellschaftsgeschichte, in: *Neue Politische Literatur* 23 (1978), 17–33, hier 17; vgl. auch Reinhard Rürup, *Die Emanzipation der Juden in Baden*, in: ders., *Emanzipation und Antisemitismus*, Frankfurt am Main 1987, 64 u. 82 f.; Rainer Wirtz, *Wideretzlichkeiten, Excesse, Crawalle, Tumulte und Skandale. Soziale Bewegung und gewalthafter Protest in Baden 1815–1848*, Frankfurt am Main 1981, bes. 60–87, 130–145, 232–238; Eleonore Sterling, *Anti-Jewish Riots in Germany in 1819: A Displacement of Social Protest*, in: *Historia Judaica* 12 (1950), 105–142. Eine gute Zusammenfassung der älteren sozialhistorischen Arbeiten bietet: Helmut Berding, *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt am Main 1988.

2 James Sheehan, *Diskussionsbeitrag*, in: Otto Pflanze, Hg., *Innenpolitische Probleme des Bismarckreiches*, München 1983, 278 f. Daß der sozioökonomistische Reduktionismus nicht nur ein

deutschen Antisemitismus als kulturellen Code zu begreifen, ausschließlich das inhaltliche Argument rezipiert, daß die Haltung gegenüber der „Judenfrage“ vor 1914 als „ein Signum kultureller Identität“ gedient habe, um ein emanzipatorisches von einem antiemanzipatorischen Lager zu unterscheiden. Unbeachtet blieb hingegen Volkovs – gegen die sozioökonomische Interpretation gerichteter – methodischer Vorschlag, Antisemitismus nicht als „direkte Reaktion auf reale Umstände“ zu begreifen, sondern die kulturell-imaginäre Grundlage der Judenfeindschaft anzuerkennen und davon auszugehen, daß „jede Interpretation der Wirklichkeit (...) ein selbständiges, schöpferisches Produkt“ sei.³

Inzwischen hat die Interpretation des Antisemitismus als Epiphänomen allgemeiner sozioökonomischer Krisen an Überzeugungskraft verloren. Es reicht keinesfalls aus, antisemitische Denkmuster als falsches Bewußtsein zu entlarven, um die dahinter verborgenen Interessen einzelner Trägergruppen zu identifizieren. Fast alle neueren Arbeiten begreifen antisemitische Ideologie als „selbständiges, schöpferisches Produkt“ und betonen ihre Eigendynamik. Diesem Trend haben sich Sozialhistoriker und Sozialhistorikerinnen wie Dagmar Herzog, James Harris oder Klaus Hödl in ihren jüngst vorgelegten Monographien angeschlossen.⁴

Der Perspektivenwechsel von einer sozioökonomisch orientierten hin zu einer kulturgeschichtlichen Interpretation des Antisemitismus verweist auf Veränderungen in der Theorielandschaft der Geschichtswissenschaften, die häufig mit dem Kürzel „linguistische Wende“ etikettiert werden. Obwohl sich hinter diesem Kürzel eine verwirrende Vielzahl unterschiedlicher Ansätze verbirgt, bildet die Vorstellung einer realitätskonstituierenden Bedeutung von Sprache und Symbolen einen gemeinsamen Nenner.⁵

Kennzeichen der „Bielefelder Schule“ war, kann man nachlesen bei Geoff Eley, *Is all the World a Text? From Social History to the History of Society Two Decades Later*, in: Terrence J. McDonald, Hg., *The Historic Turn in the Human Sciences*, Ann Arbor 1996, 194 u. 197, sowie bei Richard J. Evans, *In Defense of History*, London 1997, 159.

3 Shulamith Volkov, *Antisemitismus als kultureller Code*, in: dies., *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990, 23 u. 25.

4 James F. Harris, *The People Speak! Anti-Semitism and Emancipation in Nineteenth-Century Bavaria*, Ann Arbor 1994; Dagmar Herzog, *Intimacy and Exclusion. Religious Politics in Pre-Revolutionary Baden*, Princeton 1996; Klaus Hödl, *Die Pathologisierung des jüdischen Körpers. Antisemitismus, Geschlecht und Medizin im Fin de Siècle*, Wien 1997.

5 Bereits 1987 konstatierte John Toews, zahlreiche Mitglieder der amerikanischen Historikergunft seien bereit, „to entertain seriously some form of semiological theory in which language is conceived of as a self-contained system of ‚signs‘ whose meanings are determined by their relations to each other, rather than by their relation to some ‚transcendental‘ or extralinguistic object or subject.“ John E. Toews, *Intellectual History after the Linguistic Turn*, in: *American Historical Review* 92 (1987), 879–907, hier 882.

Auch nach der linguistischen Wende ist es für die Antisemitismusforschung ratsam, an der Unterscheidung zwischen Sprechen und Handeln festzuhalten. Sprechen und Handeln werden im folgenden nicht als Gegensatz, sondern als eine Unterscheidung begriffen, die unterschiedliche Aspekte eines Handlungszusammenhangs betont, wobei Handlung als Verwirklichen gesetzter Ziele im Vollzug gilt. Eine Handlung kann man weder von der Absicht des Handelnden noch von ihrem Vollzug trennen. Erst der Moment des Vollzugs konstituiert den im Begriff der Praxis aufgehobenen inneren Zusammenhang von der Tätigkeit und ihrem Ziel, von Sprechen und Handeln. Vollzug ist hier durchaus als Erfolg zu verstehen. Eine Absicht oder Forderung schlägt in Praxis um, sofern sie ihre Ziele erreicht.⁶

Meine allgemeine Forschungsfrage lautet, ob, wie und in welchem Ausmaß es der antisemitischen Bewegung gelang, ihre Ideologie in politische Praxis umzusetzen. Damit ist zugleich das Programm einer Sozialgeschichte des Antisemitismus nach der „linguistischen Wende“ umrissen. Statt die antisemitische Ideologie primär durch den Verweis auf sozioökonomische Krisen und reale Spannungen erklären zu wollen, nimmt dieser Ansatz – ähnlich älteren ideengeschichtlichen Arbeiten, etwa von George Mosse und Uriel Tal – das Eigengewicht und die Dynamik der Ideologie ernst.⁷ Die spezifische Leistung einer neuen Sozialgeschichte des Antisemitismus könnte in der Analyse des Umsetzungsprozesses von antijüdischer Ideologie in politische Handlungen und Handlungsfolgen liegen.

Im folgenden werde ich versuchen, diesen Zugang vor dem Hintergrund des ständigen Konflikts zwischen der Stadt Breslau und dem preußischen Staat anhand von zwei Teilzielen der Antisemiten zu konkretisieren: erstens die jüdische Zuwanderung aus Osteuropa zu stoppen oder zumindest zu begrenzen, zweitens die Anstellung von jüdischen Lehrern in öffentlichen Schulen zu verhindern, insbesondere für den Unterricht in den Gesinnungsfächern Deutsch und Geschichte. Zwei Überlegungen sprechen für diese Auswahl. Obwohl diese Forderungen im Ver-

6 Vgl. Rüdiger Bubner, *Handlung, Sprache, Vernunft. Grundbegriffe praktischer Philosophie*, Frankfurt am Main 1982, 125. Für eine ähnliche Unterscheidung hat Judith Butler plädiert, die zwar „Sprechen“ und „Handeln“ gleichsetzt, aber im Anschluß an John Austin zwischen „effektiven“ – man könnte also auch sagen: erfolgreichen – Sprechhandlungen und solchen, die „verunglücken“ und folgenlos bleiben, unterscheidet. Vgl. dies., *Haß spricht. Zur Politik des Performativen*, Berlin 1998, 30 f.

7 George L. Mosse, *The Crisis of German Ideology. Intellectual Origins of the Third Reich*, New York 1964; ders., *Germans and Jews: The Right, the Left and the Search for a 'Third Force' in Pre-Nazi Germany*, Detroit 1987; ders., *Rassismus. Ein Krankheitssymptom in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1990; Uriel Tal, *Christians and Jews in Germany. Religion, Politics, and Ideology in the Second Reich, 1870–1914*, 1969; Ithaca 1975.

gleich zum Hauptanliegen des politisch organisierten Antisemitismus, der völligen Rücknahme der Emanzipation, bescheiden wirken, nahmen sie im Forderungskatalog der deutschen Antisemiten spätestens seit der Antisemitenpetition von 1881 eine zentrale Stelle ein.⁸ Ihre Analyse scheint mir deshalb besonders interessant, weil die erste in Breslau Erfolg hatte, die zweite hingegen scheiterte.

Zunächst skizziere ich die Geschichte der Breslauer Politik im Kaiserreich (I.), analysiere dann die Auseinandersetzungen um die jüdische Einwanderung (II.) sowie die Einstellung jüdischer Lehrer (III.) und betone abschließend, daß es den Antisemiten nicht gelang, ihre Forderungen in der spezifischen Rhetorik einer ‚unpolitischen‘ Kommunalpolitik zu formulieren (IV.).

I. Die schlesische Hauptstadt Breslau – im 19. Jahrhundert lange Zeit die zweitgrößte Stadt Preußens – war zwischen 1870 und 1914 eine konfessionell und politisch heterogene Stadt. Die Mehrheit der Einwohner war protestantisch, die Katholiken stellten 35 Prozent der Bevölkerung, und seit dem späten 18. Jahrhundert war Breslau auch ein Zentrum deutsch-jüdischen Lebens. Zwischen 1800 und 1933 zählte die Breslauer jüdische Gemeinde zu den drei größten Deutschlands. Von 1850 bis 1914 schwankte der jüdische Bevölkerungsanteil zwischen acht und vier Prozent. Während des gesamten Kaiserreichs war etwa ein Viertel der bürgerlichen Klassen in der schlesischen Hauptstadt jüdisch.⁹

Obwohl schon Zeitgenossen die erste Welle des modernen Antisemitismus als „Berliner Bewegung“ bezeichneten, prägte der Antisemitismus auch die Breslauer Politik der Jahre 1879 bis 1882. Die katholische Presse der schlesischen Hauptstadt hatte bereits 1872, also noch vor dem Gründerkrach, eine antisemitische Stellung bezogen, konnte aber das allgemeine politische Klima in der Stadt kaum beeinflussen.¹⁰ Das lag daran, daß keine der anderen Breslauer Zeitungen diese

8 Peter Pulzer, *The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria*, 2. Auflage, Cambridge, Mass., 1988, 91 u. 247 f. Auch für die Nationalsozialisten blieben diese Forderungen zentral. Bereits 1933 schlossen sie Juden aus dem öffentlichen Dienst aus, verhängten einen Zuwanderungsstopp für osteuropäische Juden und widerriefen gegebenenfalls deren Einbürgerung, vgl. Saul Friedländer, *Nazi Germany and the Jews*, Bd. 1: *The Years of Persecution, 1933–1939*, London 1997, 26–29.

9 Vgl. allgemein Till van Rahden, *Mingling, Marrying, and Distancing. Jewish Integration in Wilhelmian Breslau and its Erosion in Early Weimar Germany*, in: Wolfgang Benz, Arnold Paucker u. Peter Pulzer, Hg., *Jüdisches Leben in der Weimarer Republik – Jews in Weimar Germany*, Tübingen 1998, 197–222; Manfred Hettling, *Politische Bürgerlichkeit. Der Bürger zwischen Individualität und Vergesellschaftung in Deutschland und der Schweiz 1860–1918*, Habilitationsschrift, Bielefeld 1997.

10 Vgl. *Israelitische Wochenschrift* 3 (1872), 3 u. 61. Die jüdische Zeitung, die besonders gut über

Linie verfolgte, die Mehrzahl der Breslauer Katholiken nicht zum katholischen Milieu gehörte und die liberalen Parteien das politische Leben der Stadt beherrschten. Bei den Reichstagswahlen von 1877 erhielt das Zentrum lediglich 12 Prozent der Stimmen, da es nur ein knappes Drittel der katholischen Wähler für sich gewinnen konnte.¹¹ Die linksliberale Partei hingegen vereinigte nicht nur weit mehr Stimmen als die anderen bürgerlichen Parteien auf sich, sondern gewann auch die Stichwahl gegen die Sozialdemokraten.¹²

1878 wandelte sich das politische Klima. Ein Teil des protestantischen Bürgertums wandte sich von den liberalen Parteien ab und unterstützte fortan die konservative Bewegung Breslaus. Die *Schlesische Zeitung*, das älteste und angesehenste Tagblatt, das bis dahin dem rechten Flügel des Liberalismus nahestanden hatte, trat jetzt für die Konservative Partei ein und übernahm einen Teil ihrer antisemitischen Forderungen.¹³ Der Antisemitismus der katholischen Presse gewann dadurch an Gewicht. In den Jahren 1878 und 1879 erschienen fast täglich Artikel und Kommentare mit den absurdesten antijüdischen Tiraden. Die wachsende Bedeutung des Antisemitismus spiegelte sich auch im Breslauer Wählerverhalten. Nach ungewöhnlich scharf geführten Auseinandersetzungen bei der Wahl des Preußischen Abgeordnetenhauses verloren die Linksliberalen alle drei Breslauer Mandate, eines davon an einen Kandidaten, den die Nationalliberalen und die Konservative Partei gemeinsam nominiert hatten. Während der Wahlmännerversammlung Anfang Oktober 1879 kam es zum Eklat. Als konservative Wahlmänner unentschlossene

die Breslauer Verhältnisse informiert war, bezog sich auf die *Schlesische Volkszeitung* und das *Schlesische Kirchenblatt*. Zum frühen katholischen Antisemitismus in Breslau vgl. auch Rudolf Lill, *Die deutschen Katholiken und die Juden in der Zeit 1850 bis zur Machtübernahme Hitlers*, in: Karl Heinrich Rengstorff u. Siegfried von Kortzfleisch, Hg., *Kirche und Synagoge*, Bd. 2, München 1988, 381; allgemein dazu Olaf R. Blaschke, *Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich*, Göttingen 1997.

11 Unsere Wahl-Niederlage, in: *Breslauer Sonntagsblatt*, 11. August 1878. Nicht ohne Genugtuung notierte die linksliberale *Breslauer Zeitung* in ihrem Kommentar zu den Landtagswahlen von 1879, daß „der bei weitem größte Teil unserer katholischen Bevölkerung (...) eben nicht ultramontan“ sei; „es sind vielleicht 260 katholische Wahlmänner gewählt, aber die meisten von ihnen gehören zur liberalen, andere zur konservativen Partei, nur ultramontan sind sie nicht.“ Die Landtagswahlen, in: *Breslauer Zeitung*, 3. Oktober 1879.

12 Hettling, *Bürgerlichkeit*, wie Anm. 8; A. Phillips, Hg., *Die Reichstags-Wahlen von 1867 bis 1883*, Berlin 1883, 45–46.

13 Wegen ihrer Bedeutung zog die *Schlesische Zeitung* den besonderen Zorn der linksliberalen und jüdischen Presse auf sich, nachdem sie antisemitische Positionen propagierte. Rückblickend schrieb die *Israelitische Wochenschrift* 1882, daß „es unserer tückischsten Antisemitin der *Schlesischen Zeitung* (...) hauptsächlich (...) zu verdanken ist, daß der Antisemitismus hier courfähig und in gewissen Kreisen geradezu ein Sport geworden ist“. *Israelitische Wochenschrift* 13 (1882), 159.

Nationalliberale aufforderten, gegen den linksliberalen Kandidaten zu stimmen, den sie als Vertreter eines vermeintlich jüdischen Liberalismus denunzierten, verließen viele jüdische Wahlmänner aus Protest das Wahllokal. Durch den Erfolg bei den Landtagswahlen ermuntert, entschlossen sich die Breslauer Konservativen Anfang 1880, ihre eigene Zeitung, das *Schlesische Morgenblatt*, zu gründen, das neben den katholischen Zeitungen bald zum wichtigsten Sprachrohr eines aggressiven Antisemitismus avancierte.¹⁴

Die antisemitische Bewegung wandte sich nun der Kommunalpolitik zu. Im November 1880 gelang es einer Koalition aus Nationalliberalen, Zentrums Katholiken und Konservativen, die Stadtverordnetenwahlen als einen Konflikt zwischen Christen und Juden zu inszenieren. Mit der Unterstützung der katholischen Zeitungen, der *Schlesischen Zeitung* und des *Schlesischen Morgenblattes* gründete sie die *Freie Vereinigung*, um in den einzelnen Wahlbezirken antiliberale Bündnisse zu organisieren. Diese warb sie für ihre Kandidaten mit dem Argument, sie würden „im Sinne des christlichen, deutschen Bürgertums die wirklichen Interessen der gesamten Bürgerschaft vertreten“.¹⁵ Noch am Tag der Wahl erinnerte das *Schlesische Morgenblatt* die Wähler an das Ziel der *Freien Vereinigung*, den „Kampf gegen die Herrschaft des Fortschritts und des Semitismus im Rathaus“.¹⁶ Am Abend hatten die Breslauer Liberalen eine ihrer schlimmsten kommunalpolitischen Niederlagen während des Kaiserreichs erlitten. Dank des Dreiklassenwahlrechts gewannen sie zwar alle Sitze in der ersten Abteilung, verloren aber zwei

14 Breslauer Zeitung, 8. Oktober 1879; Deutscher Volksfreund, 10. Oktober 1879; Locales u. Provinzielles, in: ebd., 17. Oktober 1879. Die Wahlen wurden in ganz Deutschland aufmerksam verfolgt. Heinrich von Treitschke etwa notierte in seinem berüchtigten Aufsatz Unsere Aussichten: „Heute sind wir bereits so weit, daß die Mehrheit der Breslauer Wähler – offenbar nicht in wilder Aufregung, sondern mit ruhigem Vorbedacht – sich verschwor, unter keinen Umständen einen Juden zu wählen.“ Zitiert nach Walter Boehlich, Hg., Der Berliner Antisemitismusstreit, Frankfurt am Main 1965, 7.

15 Anzeige der „Freien Vereinigung zur Wahl geeigneter Stadtverordneter“, in: Schlesisches Morgenblatt, 14. November 1880, 4.

16 Locale und Provinzielle Umschau, in: Schlesisches Morgenblatt, 27. Oktober 1880; Locale und Provinzielle Umschau, in: ebd., 14. November 1880; „Und nun frisch zur Wahlurne, es gilt einen Kampf gegen die Herrschaft des Fortschritts und des Semitismus im Rathaus“. Rückblickend charakterisierte die Israelitische Wochenschrift die Freie Vereinigung als „eine Mischung aus Conservativen, Ultramontanen, Zünftlern und Judengegnern“. Israelitische Wochenschrift 11 (1881), 37. Die Freie Vereinigung fand sogar den Beifall der organisierten politischen Antisemiten, etwa im Oktober 1882 durch Max Liebermann von Sonnenberg; Breslau habe „das Verdienst aufzuweisen, daß sich hier auch liberale Elemente ausgesondert haben, die (...) versuchen, mit den anderen Elementen zusammen sich zu einer großen Partei zu vereinigen, welcher die Zukunft gehört.“ Ders., Beiträge zur Geschichte der antisemitischen Bewegung vom Jahre 1880–1885, Berlin 1885, 105–122, hier 111.

Drittel aller zur Wahl stehenden Mandate in der zweiten und dritten Abteilung an die *Freie Vereinigung*.¹⁷ Anfang Dezember 1880 veröffentlichte die *Israelitische Wochenschrift* eine resignative Beurteilung der politischen Lage in der schlesischen Hauptstadt, welche „die keineswegs beneidenswerthe Eigenschaft“ habe, „der Ort zu sein, in welchem die Meute gegen die Juden am liebsten tobt, am heftigsten wüthet“.¹⁸

Anders als in Berlin war aber bereits 1882 die erste Welle des Breslauer Antisemitismus verebbt. Ende Januar 1881 korrigierte die *Israelitische Wochenschrift* ihre pessimistische Beurteilung und berichtete, die Antisemiten seien nicht in der Lage, ihren Wahlsieg in konkrete politische Erfolge umzusetzen: „Die Tagesfragen, so weit sie in die Kompetenz dieser Körperschaft fallen, sind einer liberalen Behandlung sicher“.¹⁹ Bei den Landtagswahlen von 1882 und 1885 gewannen die Linksliberalen alle drei Breslauer Sitze, auch dank der Unterstützung durch das Breslauer Zentrum, das sich enttäuscht von seinen konservativen Verbündeten abgewandt hatte und dessen Antisemitismus seit Ende 1881 fast völlig verschwunden war.²⁰ Bei den Kommunalwahlen in den 1880er Jahren gelang es den Linksliberalen zudem, einige der Sitze, die sie 1878 und 1880 verloren hatten, zurückzugewinnen. Bis zum Ende des Kaiserreichs konnten sie ihre Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung erfolgreich behaupten. Das wiedergefundene Selbstbewußtsein des Kommunalliberalismus fand 1887 darin Ausdruck, daß die Stadtverordneten Wilhelm Salomon Freund zum Vorsteher wählten. Dabei verkörperte Freund, der diese angesehene und einflußreiche Funktion bis 1915 innehatte und 1901 sogar zweiter jüdischer Ehrenbürger Breslaus wurde, alles, was die Antisemiten der Stadt verachteten: Er gehörte zur Führungsriege der Breslauer Linksliberalen, die er von 1876 bis 1879 im Preußischen Landtag und von 1879 bis 1881 im Reichstag ver-

17 Eine Übersicht der Wahlergebnisse bietet: *Deutscher Volksfreund*, 26. November 1880.

18 *Israelitische Wochenschrift* 10 (1880), 435 f.; vgl. auch ebd. 9 (1879), 365 u. 435–437.

19 *Israelitische Wochenschrift* 11 (1881), 36–37.

20 Im Juni 1881 etwa griff die *Schlesische Volkszeitung*, die zwei Jahre zuvor noch das Hauptorgan des schlesischen Antisemitismus gewesen war, die antisemitische Bewegung in Person von Ernst Henrici scharf an. Der Antisemitismus sei „eine Anschauung, welche die schlimmsten Leidenschaften weckt und zu Gewaltthat und Volksempörung gegen die Juden führen muß“. Dieser „nackte Rassenhaß“, so das Blatt weiter, sei „gerade das Gegenteil der christlichen Welt- und Gesellschaftsauffassung“. *Schlesische Volkszeitung*, 8. Juni 1881, zitiert nach Margaret L. Anderson, Windthorst. Zentrumsolitiker und Gegenspieler Bismarcks, Düsseldorf 1988, 265. Seit 1898 kam es dann zur Neuauflage des Bündnisses zwischen dem Zentrum und den Konservativen. Vgl. dazu Hettling, *Bürgerlichkeit*, wie Anm. 8, 60. Anders als 1879/80 scheint der Antisemitismus von 1898 bis 1914 jedoch kein zentrales Bindeglied zwischen den beiden Parteien gebildet zu haben.

treten hatte; jahrelang war er Vorsitzender der Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde; er war im Vorstand von zahllosen jüdischen und allgemeinen Vereinen und zählte zu den erfolgreichsten Breslauer Anwälten.²¹

Der Sommer des Antisemitismus in Breslau war also ebenso kurz wie heiß. Der Breslauer Antisemitismus war keine eigenständige Bewegung, sondern Teil der allgemeinen Verschiebung der parteipolitischen Kräfteverhältnisse in der Stadt.²² Hatten die Liberalen die Breslauer Politik vor 1878 praktisch monopolisiert, gelang es dem rechten Flügel des Nationalliberalismus, dem Zentrum und der Konservativen Partei nun, eine breite Anhängerschaft zu mobilisieren. Dennoch behaupteten die Linksliberalen ihre Vorherrschaft in der Kommunalpolitik, unter anderem weil die Breslauer Juden dank des Dreiklassenwahlrechts eine viel wichtigere Rolle bei den Stadtverordnetenwahlen spielten, als ihr Bevölkerungsanteil – rein numerisch betrachtet – es hätte vermuten lassen.

II. Die erste hier zu analysierende Forderung der Antisemiten zielte darauf, die jüdische Zuwanderung aus Osteuropa zu stoppen oder zumindest zu begrenzen. Trotz der intensiven wirtschaftlichen Beziehungen zu osteuropäischen Ländern war Breslau kein Zentrum der Einwanderung von osteuropäischen Juden. 1910, also lange nach dem Beginn der großen jüdischen Wanderung, lebten in Breslau vergleichsweise wenige osteuropäische Juden, und nur 7,2 Prozent aller in Breslau wohnhaften Juden waren Ausländer. Unter allen jüdischen Gemeinden in Deutschland mit über 10.000 Mitgliedern war das der geringste Anteil an ausländischen Juden.²³ Daß die jüdischen Zuwanderer den sozialen Frieden in Breslau bedrohten oder auch nur die wirtschaftliche Konkurrenz verschärften, läßt sich nicht nach-

21 Vgl. zu Wilhelm Salomon Freund: Ernest Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands: Regierungsmitglieder, Beamte, Parlamentarier in der monarchischen Zeit, 1848–1918*, Tübingen 1968, 296 f.; *Allgemeine Zeitung des Judenthums*, 3. September 1915, Beilage, 2; Till van Rahden, *Weder Milieu noch Konfession. Die situative Ethnizität der deutschen Juden im Kaiserreich in vergleichender Perspektive*, in: Olaf Blaschke u. Frank-Michael Kuhleemann, Hg., *Religion im Kaiserreich*, Gütersloh 1996, 422 f.; zur Breslauer Ehrenbürgerwürde Freund's vgl. *Archiwum Państwowe we Wrocławiu* (hiernach: APW), *Akta miasta Wrocławia* (hiernach: AMW) III, 3594, Bl. 202–207, und 50jähriges Dienstjubiläum, in: *Schlesische Zeitung*, 1. Mai 1901, 2. 22 Zu Berlin vgl. Michael Erbe, *Berlin im Kaiserreich (1871–1918)*, in: Wolfgang Ribbe, Hg., *Geschichte Berlins*, Bd. 2, München 1987, 767–770, insbes. 768.

23 In Berlin betrug er knapp 19 Prozent, in Frankfurt am Main und in Köln 13,5 Prozent, in München 35 Prozent und in Hamburg 16 Prozent. Besonders kraß ist der Kontrast zwischen den Breslauer Zahlen und dem Anteil von ausländischen Juden an der jüdischen Bevölkerung in den Zentren der Einwanderung osteuropäischer Juden nach Deutschland wie Leipzig und Dresden, wo der Ausländeranteil 1910 bei 65 bzw. 52 Prozent lag. Zahlen nach Jack Wertheimer, *Unwelcome Strangers. East European Jews in Imperial Germany*, Oxford 1987, 191.

weisen. Die Debatte über die jüdische Zuwanderung aus Osteuropa war ein Produkt der antisemitischen Vorstellungen und resultierte nicht aus konkreten sozialen Spannungen, zu denen die Migration Anlaß gegeben hätte.

Während die statische Momentaufnahme der hochmobilen Gesellschaft des Kaiserreichs kaum gerecht wird, ermöglichen die Zahlen über Zu- und Abwanderung den Blick auf Breslau als einer Zwischenstation. Viele osteuropäische Juden ließen sich hier für kurze Zeit nieder, bevor sie zumeist nach Westen weiterzogen. Die jüdischen Migranten aus Osteuropa waren Teil der „Vagabundage der arbeitenden Bevölkerung“, von der Gustav Schmoller 1889 mit kulturpessimistischem Unterton sprach. Von 1882 bis 1914 wanderten 4.239 russische und 6.816 österreichisch-ungarische Juden nach Breslau. Fast ebenso viele, nämlich 4.218 russische und 5.783 österreichisch-ungarische Juden, meldeten sich im gleichen Zeitraum aus Breslau ab.²⁴

Trotz des beträchtlichen Zuzugs osteuropäischer Juden nach Breslau bildeten sie nur einen Bruchteil der gesamten Wanderungsbewegungen; das gilt es gegen die auch heute in der Forschung noch gängige „Fabel von der jüdischen Masseneinwanderung“²⁵ festzuhalten. Sieht man von Ausnahmejahren wie 1906 ab, stellten in der gesamten Vorkriegszeit alle osteuropäisch-jüdischen Zuwanderer kaum ein halbes Prozent und die polnischen und russischen Juden, denen der besondere Zorn der Antisemiten galt, sogar nur 0,1 bis 0,2 Prozent aller Zuwanderer nach Breslau. Die jüdische Bevölkerung Breslaus war zudem weniger mobil als die gesamte Bevölkerung der Stadt. Die durchschnittliche jüdische Wanderungsbewegung – die Summe der jährlichen Zu- und Abwanderung – betrug von 1880 bis 1914 ein knappes Viertel der jüdischen Einwohnerschaft der schlesischen Hauptstadt, während die gesamten Wanderungsbewegungen fast ein Drittel der Einwohnerschaft Breslaus ausmachten.²⁶

Als Verkehrsknoten im schlesischen Eisenbahnnetz war Breslau eine wichtige Transitstation im großen Zug der osteuropäischen Juden, die vor Verfolgung

24 Gustav Schmoller, Über Wesen und Verfassung großer Unternehmungen, in: Zur Social- und Gewerbepolitik der Gegenwart, Leipzig 1890, 397, zitiert nach Dieter Langewiesche, Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland 1880–1914, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 64 (1977), 1–40.

25 Salomon Neumann, Die Fabel von der jüdischen Masseneinwanderung, Berlin 1880. Vgl. auch Richard Blanke, Bismarck and the Prussian Polish Policies of 1886, in: Journal of Modern History 45 (1973), 211–239; zu den Ausweisungen vgl. ebd., 211–216.

26 Vgl. Till van Rahden, Die Grenze vor Ort. Die Einbürgerung und Ausweisung von ausländischen Juden in Breslau 1860–1918, in: Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte 27 (1998), im Druck.

und wirtschaftlicher Not aus Osteuropa und Südosteuropa nach Nordamerika und Westeuropa flohen.²⁷ Die oberschlesische Eisenbahn, die bedeutendste der nach Osten führenden Linien, verband als billiges Massentransportmittel seit 1863 die schlesische Hauptstadt mit der Bahnstrecke Warschau-Wien, mit Krakau und der österreichischen Kaiser-Ferdinand-Nordbahn.²⁸ Im an der Strecke gelegenen Myslowitz war eine wichtige deutsche Grenzstation, an der sich die jüdischen Migranten auf ihrem Weg zu den Auswanderungshäfen Bremen und Hamburg einer hygienischen Kontrolle unterziehen mußten.²⁹ Anfang 1882 nahm die Zahl der russisch-jüdischen Transitmigranten dramatisch zu. Dreimal wöchentlich passierten 200 bis 300 jüdische Flüchtlinge den Breslauer Bahnhof. Trotz der Erfolge der antisemitischen Bewegung in der schlesischen Hauptstadt bildete sich auf Anregung des Oberbürgermeisters Friedensburg ein interkonfessioneller Ausschuß, dem auch Felix Porsch angehörte, der schon damals das Breslauer Zentrum anführte.³⁰

Trotz der Bedeutung Breslaus als Transitstation für jüdische Migranten verursachten diese von der Statistik nicht erfaßten Wanderungsbewegungen keine realen Probleme. Auf einen Zeitraum von gut dreißig Jahren verteilt, verließen die jüdischen Flüchtlinge Breslau zumeist nach wenigen Stunden wieder, und die hygienischen Kontrollen an der Grenze scheinen so gründlich gewesen zu sein, daß von den Durchreisenden auch während der Choleraepidemien von 1892 und 1905 keine Gefahr ausging.³¹ Obwohl die osteuropäischen Juden nur einen kleinen Teil der gesamten Wanderungsbewegungen in Breslau ausmachten und es keine Hinweise darauf gibt, daß sie soziale Spannungen verursachten, kam gerade ihnen in der antisemitischen Vorstellungswelt eine besondere Bedeutung zu. Lange bevor

27 Die relative Bedeutung von konkreter Verfolgung, Angst vor möglicher Verfolgung und wirtschaftlicher Not für die Entscheidung zu emigrieren ist umstritten. Zur Motivation der jüdischen Auswanderer vgl. jetzt Bernard K. Johnpoll, *Why They Left. Russian-Jewish Mass Migration and Repressive Laws, 1881–1917*, in: *American Jewish Archives* 47 (Spring 1995), 17–54.

28 Rainer Fremdling u. Ruth Federspiel, Einleitung, in: dies. u. Andreas Kunz, Hg., *Statistik der Eisenbahnen in Deutschland 1835–1989*, St. Katharinen 1995, 28, 59 f. u. 63.

29 Zosa Szajkowski, *Sufferings of Jewish Emigrants to America in Transit Through Germany*, in: *Jewish Social Studies* 39 (1977), 105–116, hier 106; vgl. auch: Pamela S. Nadell, *The Journey to America by Steam: The Jews of Eastern Europe in Transition*, in: *American Jewish History* 71 (1982), 269–84.

30 Vgl. die Berichte in der *Israelitischen Wochenschrift*, 23. Mai 1882, 158 f., zusätzlich *Allgemeine Zeitung des Judenthums*, 31. Januar 1882, 73, und ebd., 23. Mai 1882, 339.

31 Zur Choleraepidemie von 1892 und 1905 vgl. APW AMW, III, 8705 und 8706. Indirekt verweisen auch die Kontrollen der amerikanischen Einwanderungsbehörden darauf, wie rigide die Kontrollen an der deutschen Ostgrenze waren. 1909 etwa wiesen die amerikanischen Einwanderungsbehörden nur 1,03 Prozent aller russisch-jüdischen Zuwanderer aus gesundheitlichen Gründen ab, vgl. Szajkowski, *Sufferings*, wie Anm. 29, 107.

der Topos des Ostjuden sich im modernen Antisemitismus etablierte, verdichtete sich im Bild vom osteuropäischen Juden eine Vielfalt antijüdischer Stereotype. Aus der Sicht des christlichen Bürgertums bedrohten die osteuropäischen Juden das Ethos und den Gefühlshaushalt der aufstrebenden bürgerlichen Schichten und gefährdeten alle Versuche, die innere Einheit der jungen Nation zu vollenden. Die Stigmatisierung des „polnischen Juden“ stellte zudem die symbolische Inklusion der deutschen Juden in Frage, weil für die Antisemiten unterschiedlichster Couleur die Grenze zwischen deutschen Juden und „polnischen Juden“ fließend war.³²

Besonders Gustav Freytag popularisierte die dem Topos des „polnischen Juden“ eingeschriebene Mischung aus Nationalismus, bürgerlichem Tugendkanon und Antisemitismus. Freytags „polnischer Jude“ bevölkerte nicht eine Gegenwelt zum bürgerlichen Wertekanon, sondern symbolisierte den inneren Feind.³³ Der im ober-schlesischen Kreuzburg geborene „Dichter“ der Zeit und des deutschen Bürgertums“ lebte mit Unterbrechungen von 1835 bis 1847 in Breslau³⁴ und veröffentlichte 1849 rückblickend eine knappe Skizze, „Die Juden in Breslau“, in der er zeigen wollte, daß „das jüdische Element für das Leben der östlichen Landestheile Preußens eine Krankheit ist“. Die meisten der Breslauer Juden seien „polnische Schacherjuden“, die die bürgerlichen Werte der Arbeit und der Sparsamkeit bis zur Unkenntlichkeit entstellen würden. „Schwarz und geschäftig, wie eine Ameise“ gehe „der polnische Jude von altem Styl“ seinen Geschäften nach, wobei er „an Genügsamkeit durch nichts in der Welt übertroffen“ werde. Zu echten Gefühlen,

32 Vgl. insgesamt Steven E. Aschheim, *Brothers and Strangers. The East European Jew in German and German-Jewish Consciousness, 1800–1923*, Madison, Wis., 1982.

33 Dies entgegen dem Urteil Berdings, *Antisemitismus*, wie Anm. 1, 80. Die beste Analyse immer noch George L. Mosse, *The Image of the Jew in German Popular Culture*. Felix Dahn and Gustav Freytag, in: *Year Book of the Leo Baeck Institute* 2 (1957), 218–27. Vgl. auch Mark H. Gelber, *Aspects of Literary Antisemitism: Charles Dickens' „Oliver Twist“ and Gustav Freytag's „Soll und Haben“*, masch. Diss., Yale University 1980; Hans Otto Horch, *Judenbilder in der realistischen Erzählliteratur. Jüdische Figuren bei Gustav Freytag, Fritz Reuter, Berthold Auerbach und Wilhelm Raabe*, in: Herbert A. Strauss u. Christhard Hoffmann, Hg., *Juden und Judentum in der Literatur*, München 1985, 140–71; Martin Gubser, *Literarischer Antisemitismus. Untersuchungen zu Gustav Freytag und anderen bürgerlichen Schriftstellern*, Göttingen 1998.

34 Zur Biographie vgl. Fritz Martini, *Gustav Freytag*, in: *NDB* 5 (1961), 425–27, dort auch die Charakterisierung Freytags als „Dichter“. Die beste Darstellung der Beziehung Freytags zu Schlesien und zugleich ein Dokument der deutsch-jüdischen Freytag-Rezeption bietet Richard Koebner, *Gustav Freytag*, in: *Schlesische Lebensbilder* 1 (1922), 154–64. Freytag ist aber nicht nur wegen der Breslauer Bezüge besonders interessant. Da Freytag gemeinhin als „konsequent liberaler Denker“ (Walter Bußmann) gilt, steht er beispielhaft für die antisemitischen Schattenseiten des deutschen Liberalismus; vgl. Walter Bußmann, *Gustav Freytag. Maßstäbe seiner Zeitkritik*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 34 (1952), 261–287, hier 261; vgl. auch Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866*, 5. Auflage, München 1991, 582.

der Voraussetzung aller bürgerlichen Tugend, sei er unfähig. Der „bürgerliche Werthimmel“ bliebe ihm deshalb verschlossen. „Sein Herz hat der fremde Jude in der Heimath gelassen (...), er denkt nichts, er träumt nichts, er will nichts als speculieren.“³⁵ Erreichte Freytag mit seinem Essay nur ein begrenztes Publikum, gelang ihm mit *Soll und Haben* der deutsche Erfolgsroman der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Bereits 1870 charakterisierte die *Israelitische Wochenschrift* das Werk „als ebenso epochemachenden als von Gehässigkeit gegen die Juden strotzenden Roman.“³⁶ Im Protagonisten Veitel Itzig verdichtete Freytag nicht nur einen Katalog antijüdischer Ressentiments, sondern wies Breslau einen zentralen Platz in der antisemitischen Geographie zu. Wenigen Lesern, besonders keinem Breslauer, konnte entgehen, daß die schlesische Hauptstadt der Tatort für Itzigs lasterhafte und betrügerische Untaten war.

Bis in die späten 1870er Jahre hatte das negative Bild des „polnischen Juden“ aber keinen nachweisbaren Einfluß auf die Einbürgerungspolitik gegenüber den jüdischen Zuwanderern aus Osteuropa. Von 1865 bis 1875 verlieh der Breslauer Regierungspräsident mit der Billigung des Magistrats an fast alle der 62 jüdischen Bewerber, von denen nur vier nicht aus Osteuropa stammten, die preußische Staatsbürgerschaft. Das Regierungspräsidium naturalisierte 56 Antragsteller; zwei Bewerber hatten ihr Naturalisationsgesuch zurückgezogen, in zwei weiteren Fällen hatte der Magistrat wegen ihrer Armut von einer Einbürgerung abgeraten, und die verbleibenden zwei Bewerber waren vorbestraft.³⁷ Die naturalisierten Bewerber kamen aus allen sozialen Schichten, allein 21 verdienten keine 900 Mark jährlich. Neben vermögenden Geschäftsleuten wie David Thumin aus Lemberg bewarben sich auch arme Juden wie der Zigarrenmacher Naftali Meier Immerglück, der kaum 400 Mark im Jahr verdiente, oder der Hausierer Samuel Zarek aus Petrikau, einer

35 Gustav Freytag, Die Juden Breslaus, in: Grenzboten 1849, Nr. 30, wieder in: ders., Vermischte Aufsätze, Bd. 2, Leipzig 1903, 339–47. Allgemein hierzu: Manfred Hettling u. Stefan-Ludwig Hoffmann, Der bürgerliche Werthimmel. Zum Problem individueller Lebensführung im 19. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), 333–359.

36 Der Ausgleich von Soll und Haben, in: Israelitische Wochenschrift 1 (1870), 167. Zwischen 1880 und 1890 erschienen die 25. bis 36., 1922 bereits die 114. Auflage der Trilogie, vgl. Berding, Antisemitismus, wie Anm. 1, 80, und den Katalog der Stadtbibliothek Mainz. In der größten Berliner Leihbibliothek waren 1898 über 2.300 Exemplare des Buches vorhanden, eine Zahl, an die kein zweiter Roman des 19. Jahrhunderts auch nur entfernt heranreichte; vgl. auch Robin Lenman, John Osborn u. Eda Sagarra, Imperial Germany. Towards the Commercialization of Culture, in: Rob Burns, Hg., German Cultural Studies, Oxford 1995, 23.

37 Wegen Armut bzw. Vorstrafen wurden nicht naturalisiert: Chaim Hirsch Faust aus Czenstochau (APW; AMW III, 21934, Bl. 85), Max Beiner (ebd., Bl. 231–233) u. Moritz Steigmann/Jacob Neustadt (ebd., Bl. 297–299)

Kleinstadt gut 200 Kilometer südlich von Minsk.³⁸ Auch eine längere Aufenthaltsdauer in Preußen scheint nicht erforderlich gewesen zu sein, in den meisten Fällen war sie noch nicht einmal registriert. In den vier Fällen, in denen der Magistrat sie notiert hatte, betrug sie zwischen zwei und fünf Jahren und lag damit weit unter den zu dieser Zeit üblichen Fristen.³⁹ Einen Konflikt über die Frage der Einbürgerung von osteuropäischen Juden scheint es in den 1860er und 1870er Jahren nicht gegeben zu haben. Die Vertreter des preußischen Staates und der Magistrat verfolgten in dieser Hinsicht eine Politik, die in der Praxis eher dem Territorialprinzip (*ius soli*) als dem Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) verpflichtet war.

Obwohl den Antisemiten die inklusive Einbürgerungspraxis wahrscheinlich nicht bekannt war und obwohl viele Antisemiten selbst Juden, die seit vielen Generationen in deutschen Ländern gelebt hatten, mit den jüdischen Zuwanderern aus Osteuropa gleichsetzten, begann in den späten 1870er Jahren eine gezielte Kampagne gegen die „polnischen Juden“. Ihr Ziel war es, zunächst die jüdische Zuwanderung zu stoppen, um dann bereits zugewanderte Juden auszuweisen. Im November 1879 machte sich Heinrich von Treitschke zum Wortführer antisemitischer Intellektueller, die bald breite Bevölkerungskreise mobilisierten, indem er den Ton „eines wohlmeinenden Biedermanns“⁴⁰ anschlug und sich vom „Schmutz und der Roheit“ der antisemitischen Bewegung distanzierte. „Über unsere Ostgrenzen,“ schrieb Treitschke in den *Preußischen Jahrbüchern*, „dringt Jahr für Jahr aus der unerschöpflichen polnischen Wiege eine Schar strebsamer hosenverkaufender Jünglinge herein, deren Kinder und Kindeskinde dereinst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen.“ An Treitschkes Polemik *Unsere Aussichten*, einem Schlüsseltext für die politische Ideengeschichte des Kaiserreichs, entzündete sich der sogenannte Berliner Antisemitismusstreit, der weit über die Reichshauptstadt hinaus wirkte.⁴¹ Die gesamte Breslauer Presse diskutierte Treitschkes Arti-

38 Immerglück: APW, AMW III 21934, Bl. 34–35; Samuel Zarek: ebd., Bl. 126–127; David Thumin: ebd., Bl. 132–133. Das „Petrikau“ in der Akte steht vermutlich für Petrikowo, vielleicht aber auch für Petrokow, eine Stadt im Westteil von Russisch-Polen.

39 Einbürgerungsverfahren Aron Stenger (APW, AMW III, 21933, Bl. 11–19), Moritz Silberstein (APW, AMW III 21934, Bl. 234–325), Moritz Töpfer (ebd., Bl. 240–241) u. Gerson Selkowitz (ebd., Bl. 244–245). Eine Übersicht der normalerweise erwarteten Aufenthaltsdauer bei Andreas K. Fahrmeir, *Nineteenth-Century German Citizenships: A Reconsideration*, in: *Historical Journal* 40 (1997), 743, und bei Wilhelm Cahn, *Reichsgesetz über die Erwerbung und den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit*, 3. Auflage, Berlin 1908, 80.

40 Wolfgang J. Mommsen, *Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890*, Berlin 1993, 561.

41 Heinrich von Treitschke, *Unsere Aussichten*, zitiert nach Boehlich, *Antisemitismusstreit*, wie Anm. 14, 7.

kel, selbst die katholischen Blätter stimmten dem Erzprotestanten zu.⁴² Treitschkes Angriffe gegen die osteuropäischen Juden schufen schließlich das Klima für die Antisemitenpetition von 1880/81, deren wichtigste Forderung das Ende der jüdischen Zuwanderung war. Die Petitionsbewegung war in Schlesien besonders erfolgreich. Fast ein Viertel aller Unterschriften, nämlich 50.000, kamen von dort, davon allein 5.000 aus Breslau.⁴³

Zweifellos versuchten die Petenten durch die mobilisierende Wirkung der Unterschriftenkampagne auch, ihre ideologische Hegemonie auszuweiten. Letztlich zielten sie aber auf eine antisemitische Umorientierung der Einbürgerungspolitik ab. Das konservative *Schlesische Morgenblatt*, das monatelang für die Petition warb, notierte sachlich, daß „die Petenten die Erfüllung ihrer Wünsche auf dem Verwaltungswege erwarten“. In der preußischen Bürokratie stieß die Petitionsbewegung auf Gegenliebe, zumal dem Innenminister Robert von Puttkamer die jüdischen Zuwanderer als „eine wahre Landplage“ galten. Die antisemitische Verwaltungspraxis kulminierte 1885/86 in der Ausweisung von etwa 10.000 polnischen und russischen Juden durch die preußischen Behörden.⁴⁴ Auf die Kritik der liberalen Presse, die Massenausweisung sei eine staatliche Willkürmaßnahme, reagierte das *Schlesische Morgenblatt* mit dem Hinweis, „die Reinlichkeit und Ruhe Breslaus“ habe durch die Ausweisungen erheblich gewonnen. Ein Leitartikel in der *Schlesischen Zeitung* spiegelt wider, in welchem Maße sich das Wahnbild der jüdischen Masseneinwanderung auch in bürgerlichen Kreisen verbreitet hatte und wie weit die Symbiose von Antisemitismus und Nationalismus vorangeschritten war. Den Kritikern der preußischen Regierung ermangele es an „Nationalgefühl“, dekretierte die Zeitung; sie hätten einen „Krieg“ gegen die Regierung angezettelt, „weil diese, ihrer nationalen Pflicht getreu, Maßregeln trifft, innerhalb ihrer eige-

42 *Schlesische Zeitung*, 27. November 1879, 1 f.; ebd., 23. Dezember 1879; *Schlesische Volkszeitung*, 23. Dezember 1879; Vermischtes, in: *Breslauer Sonntagsblatt*, 7. Dezember 1879; Zur Judenfrage VII, in: *Deutscher Volksfreund*, 13. Februar 1880.

43 Zur Antisemitenpetition vgl. Pulzer, *Rise*, wie Anm. 7, 91 u. 247 f.; Paul Massing, *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt am Main 1986, 43; Olaf R. Blaschke, *Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich*, Göttingen 1997, 123–125.

44 Eine gründliche Lösung der Judenfrage II, in: *Schlesisches Morgenblatt*, 20. November 1880. Die beste Untersuchung der Regierungspolitik gegenüber den osteuropäischen Juden bietet Wertheimer, *Strangers*, wie Anm. 23, 42–74. Zur Geschichte der Ausweisungen unverzichtbar, auch wenn ganz der antisemitischen Sprache der preußischen Verwaltung verhaftet: Helmut Neubach, *Die Ausweisungen von Juden und Polen aus Preussen 1885/1886*, Wiesbaden 1967. So schließt sich Neubach etwa dem Urteil die preußischen Innenminister von Puttkamer an, die zuwandernden polnischen Juden seien „eine wahre Landplage“. Ebd., 5 u. 12.

nen Grenzen deutsches Wesen und deutsche Cultur gegen den hereinbrechenden Polonismus und Semitismus zu schützen.“⁴⁵

Die Forderung der Antisemiten, die jüdische Zuwanderung zu begrenzen, beeinflusste auch die Einbürgerungspolitik des Breslauer Regierungspräsidiums. Allerdings hatte dieses darin nicht ganz so freie Hand wie bei der Ausweisung der ausländischen Juden, weil bei einem Einbürgerungsverfahren auch der Magistrat gehört werden mußte.⁴⁶ Solange die Linksliberalen ihre kommunalpolitische Mehrheit in Breslau verteidigen konnten, kam es in der Einbürgerungspolitik wiederholt zu Konflikten zwischen der Stadt und dem Staat. Für die städtischen Behörden war die Frage der Einbürgerung eine soziale Frage. Sie empfahlen, all jenen die Einbürgerung zu verweigern, die das städtische und staatliche Wohlfahrtssystem belasten könnten. Die preußische Regierung, die bei Einbürgerungsverfahren das letzte Wort hatte, verfolgte insofern eine andere Politik, als ihre Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen nicht auf individuellen, sondern auf ethnischen Kriterien beruhte. Zwischen 1908 und 1914 empfahl der Breslauer Magistrat die Naturalisierung aller 48 jüdischen Bewerber und Bewerberinnen. Der Regierungspräsident hingegen verweigerte allen außer acht die Staatsbürgerschaft. Auffällig war, daß er selbst solche Nichtjuden naturalisierte, vor deren Einbürgerung die Stadt gewarnt hatte, da sie wahrscheinlich zum Sozialfall würden.⁴⁷

Obwohl es keinen Hinweis darauf gibt, daß die Stadt die antisemitische Auslegung des Abstammungsprinzips in Frage stellte, waren die städtischen Gutachten im Gegensatz zu denen der preußischen Verwaltung durchwegs von einer liberalen

45 Schlesien, in: Schlesisches Morgenblatt 13. Oktober 1885; Ein Act nationaler Selbsterhaltung, in: Schlesische Zeitung 6. Dezember 1885. Vgl. die Kritik an der antisemitischen Haltung der *Schlesischen Zeitung* gegenüber osteuropäischen Juden in der Allgemeinen Zeitung des Judenthums 49 (1885), 816 f. u. 834. Aus der Sicht des organisierten Antisemitismus blieb die *Schlesische Zeitung* eine halbherzige Verbündete. Die *Deutsche Ostwacht* verspottet sie im April 1893 als „vornehme Vertreterin eines verblaßten Salonantisemitismus“. Ebd., 29. April 1893, 4.

46 Nach der herrschenden Meinung war das Gutachten der „Ortsobrigkeit“, hier also des Magistrats, „solange als maßgebend“ anzusehen, „als unter den obwaltenden Umständen nicht klar erhellt ist, daß dasselbe auf unrichtigen Voraussetzungen beruht“. Wilhelm Cahn, Reichsgesetz über die Erwerbung und den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit, 3. Auflage, Berlin 1908, 80.

47 Vgl. etwa den Fall von Ottilie Benke, geb. Aust (APW, AMW III 7481, Bl. 4 f., 9 f., 54–57). Daß das kein Einzelfall war, zeigt eine Liste, die der Breslauer Magistrat zwischen 1893 und 1898 zusammenstellte, vermutlich um die antijüdische Haltung der preußischen Regierung statistisch belegen zu können. Dreizehn der vierzehn jüdischen Bewerber und Bewerberinnen stellte die Stadt ein positives Gutachten aus und riet nur bei einem Fall wegen Armut ab. Der Regierungspräsident jedoch naturalisierte nur zwei der vierzehn jüdischen Antragsteller und Antragstellerinnen. Im Gegensatz dazu naturalisierte er 43 der insgesamt 69 nichtjüdischen Bewerber und Bewerberinnen. APW, AMW III 4991, Bl. 62–68.

Haltung gekennzeichnet. In den Empfehlungen des Magistrats finden sich positive Beurteilungen der jüdischen Antragsteller, die besonders deren tugendhaften Charakter hervorheben. Möglicherweise bemühten sich die städtischen Behörden sogar, manchem jüdischen Antragsteller ein besonders gutes Führungszeugnis auszustellen. Gegenüber dem Regierungspräsidium vertrat der für die städtische Armenverwaltung zuständige Stadtrat den Magistrat. Dessen Empfehlung beruhte auf den Akten der Armenverwaltung und einer informellen Beurteilung durch einen Stadtbezirksvorsteher. In einem typischen Gutachten empfahl ein Stadtbezirksvorsteher im November 1910, den türkischen Juden Hirsch Chaimoff zu naturalisieren. Chaimoff arbeite als Werkmeister in der Zigarettenfabrik Sultan, sei „schon seit circa 20 Jahren daselbst in Stellung, habe ein Einkommen von circa 4–5.000 Mk. jährlich und hätte (...) schon hübsche Summen gespart“. „Überhaupt“, schloß der Stadtbezirksvorsteher sein Gutachten, „hat die ganze Familie des Herrn Werkmeister Hirsch Chaimoff einen sehr guten Eindruck auf mich gemacht.“⁴⁸ Am 3. Dezember 1909 urteilte der Stadtbezirksvorsteher Emil Sattler über den in Minsk gebürtigen Zigarettenfabrikanten Chaim Frenkel und seine Angehörigen, sie seien nicht nur im Stande, sich selbst zu ernähren, sondern auch „sehr ordentliche Leute, die sich eines guten Rufes erfreuen und ganz nobel eingerichtet sind“.⁴⁹ Interessant ist auch der Fall des in Rußland gebürtigen Handlungsgehilfen David Flor, der 1908 im Alter von 19 Jahren seine Naturalisation beantragte. Der Stadtbezirksvorsteher erhob Einwände. Flor „verkehrt sehr viel in einer Damen-Musikkneipe“ und habe „in dem Alter“ mit seinem Antrag „der Polizei und den städtischen Beamten Scherereien“ bereitet. Dem Gutachten des selbsternannten Sittenwächters widersprach der Magistrat jedoch entschieden und befürwortete die Naturalisation Flors: „Daß der Antragsteller durch seinen Naturalisationsantrag ‚der Polizei und den städtischen Beamten Scherereien verursacht‘, kann ihm nicht zur Last gemacht werden.“⁵⁰ Auch wenn die staatlichen Stellen Chaimoff, Frenkel und Flor, wie fast allen jüdischen Antragstellern, die Einbürgerung verweigerten, verweist die Haltung des Magistrats und der Stadtbezirksvorsteher darauf, daß zumindest für einen maßgeblichen Teil der Breslauer Bevölkerung osteuropäische Juden keinesfalls als Bedrohung, sondern als ein Teil der städtischen Gesellschaft galten.

Da die preußische Regierung in Fragen der Einbürgerung und der Migration letztlich am längeren Hebel saß, konnte sich der Magistrat nicht durchsetzen.

48 Zu Hirsch Chaimoff vgl. APW, AMW III 7480, Bl. 47 f., sowie ebd. 7483, Bl. 174–176; zu Josef Chaimoff: ebd., 7482, Bl. 181 f. u. 233; zu Leo Chaimoff: ebd., 7482, Bl. 195–197 u. 286.

49 APW, AMW, III, 7479, Bl. 135–137, abgelehnt 3. Januar 1910, ebd., Bl. 149.

50 APW, AMW, III, 7478, Bl. 154–55, Flor zieht Gesuch zurück, AMW, III, 7479, Bl. 7.

Den Antisemiten gelang es daher, einen Teil ihrer Ideologie politisch umzusetzen. Während zwischen 1880 und 1914 mehrere Millionen osteuropäischer Juden im Zuge der „großen Wanderung“⁵¹ in die USA, Frankreich und Großbritannien strömten, schufen die Antisemiten ein öffentliches Klima, das es der preußischen Regierung ermöglichte, ohne größere Proteste von jüdischer oder liberaler Seite die jüdische Zuwanderung nach Deutschland auf ein Minimum zu reduzieren und die Einbürgerungen fast ganz zu stoppen. Nach 1880 orientierte sich der preußische Staat an dem Prinzip der kollektiven Exklusion, während die Stadt weiterhin am Prinzip der individuellen Beurteilung jedes einzelnen Falles nach sozialen Kriterien festhielt und deshalb die Naturalisation von fast allen jüdischen Antragstellern und Antragstellerinnen befürwortete. Die „nationalistische Überformung des Staatsangehörigkeitgesetzes“ erfolgte nicht nur „im Zeichen offensiver Weltpolitik“,⁵² sondern auch im Zeichen eines völkischen Antisemitismus. Aber es ist ebenfalls bemerkenswert, daß es den Antisemiten nicht gelang, die Breslauer Selbstverwaltungsorgane von einer angeblichen jüdischen Gefahr zu überzeugen. Sobald eine Forderung der Antisemiten primär auf die Kommunalpolitik zielte, konnten sie diese nämlich nicht in die Praxis umsetzen.

III. Im Kaiserreich stand die Schule im Zentrum heftiger politischer Kontroversen. Ohne jede Ironie stilisierte die linksliberale *Breslauer Zeitung* die Schule zum „der Zukunft unserer Nation geweihten Heiligthum des civilisatorischen Fortschritts“.⁵³ Obwohl der Staat und die beiden christlichen Kirchen die Schulpolitik entscheidend beeinflussten, verfügte der Magistrat besonders im Hinblick auf die städtischen Schulen über einen gewissen Freiraum. Als die Breslauer Antisemiten versuchten, die Anstellung jüdischer Lehrer zu verhindern, war daher der Magistrat ihr erster Adressat.

Vor dem Hintergrund ihres Wahlsieges im November 1880 organisierte eine Koalition aus Zentrumskatholiken und Konservativen im Januar 1881 eine Protestversammlung gegen die Schulpolitik des Magistrats. Der Titel der Veranstaltung, eine „Versammlung christlicher Bürger“, hatte programmatischen Charakter. Um das Ende des Kulturkampfes zu markieren, war die Hälfte der Redner katholisch,

51 Simon Dubnow, Die antisemitische Bewegung und die große Wanderung (1880–1900), in: ders., Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Bd. 10, Berlin 1929, 11–73.

52 Wolfgang J. Mommsen, Nationalität im Zeichen offensiver Weltpolitik. Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz des Deutschen Reiches vom 22. Januar 1913, in: Manfred Hettling u. Paul Nolte, Hg., Nation und Gesellschaft in Deutschland. Festschrift für Hans-Ulrich Wehler, München 1996, 128–141.

53 Hier steht der Liberalismus, er kann nicht anders!, in: *Breslauer Zeitung*, 4. Oktober 1879.

die andere protestantisch. Das etwa viertausendköpfige Publikum war begeistert, als es der katholische Hauptredner aufforderte, sich „gegen den gemeinsamen Feind (die Juden, T.v.R.) zu erheben“ und den „Zwitter“ des paritätischen Johannesgymnasiums „zu taufen“. Die „Taufe“ dieser Schule wäre ein wichtiger Sieg in einem antisemitischen Kreuzzug gewesen, der, wie das *Schlesische Morgenblatt* im November 1880 in einer Serie über die „gründliche Lösung der Judenfrage“ argumentierte, in „einer gründlichen, inneren und äußeren Umkehr der Christenheit“ kulminieren sollte.⁵⁴

Dem Johannesgymnasium galt die besondere Verachtung der Antisemiten. Die Stadtverordnetenversammlung hatte 1865 beschlossen, ein neues städtisches Gymnasium zu eröffnen, um den liberalen Geist der städtischen Schulpolitik zu dokumentieren. Zum Ärger der städtischen Selbstverwaltung weigerte sich aber das preußische Kultusministerium, den paritätischen Charakter der Schule zu bestätigen, so lange sie nicht ein christliches Statut erhalten habe. Die liberale Schulpolitik der städtischen Behörden erfreute sich breiter Unterstützung durch die Breslauer Bevölkerung. Als sich 1869 die entgegengesetzten Positionen der Stadt und des preußischen Staates verhärtet hatten, überreichten die Breslauer Linksliberalen dem Oberbürgermeister am 20. Juni 1869 eine von mehr als 12.000 Bürgern unterzeichnete Anerkennungsadresse.⁵⁵ Nach einem bitteren achtjährigen Konflikt setzte sich die Stadt mit ihrer kompromißlosen Haltung durch. Die Eröffnung des Johannesgymnasiums am 14. Oktober 1872 war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur faktischen Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung. Unter den 21 Lehrern der Anstalt waren drei, später sechs jüdisch, die auch Gesinnungsunterricht erteilten. Zudem war der jüdische Religionsunterricht für die jüdischen Schüler obligatorisch und Teil ihrer Abiturprüfung. Die *Israelitische Wochenschrift* pries das Johanneum deshalb als „einen willkommenen Präzedenzfall (...) für viele Nachfolgerinnen“.⁵⁶

54 Monstre-Versammlung christlicher Bürger, in: Deutscher Volksfreund, 14. Januar 1881. Eine gründliche Lösung der Judenfrage III, in: Schlesisches Morgenblatt 21. November 1880. Die Serie erschien kurz darauf als „Flugblatt Nr. 2 des Schlesische Morgenblattes“: Die gründliche Lösung der Judenfrage. Ein Kampf und Friedenswort von H. Lange, vgl. die Anzeige in: Schlesisches Morgenblatt 26. November 1880.

55 Adolf Weiß, Chronik der Stadt Breslau, Breslau 1889, 1159 f.

56 Israelitische Wochenschrift 3 (1872), 269 u. 353 f.; vgl. auch die Wahlkampfrede des Breslauer Realschuldirektors Meffert im Sommer 1879. An die Wählerversammlung der Breslauer Fortschrittspartei appellierte er: „Suchen Sie sich eine Schule zu erhalten, welche die Versöhnung confessioneller Gegensätze erstrebt und die Schüler zu dem Bewußtsein erzieht, daß alle, welchen Glaubens sie auch seien, doch einer großen Gemeinschaft angehören (...)“; zitiert nach Allgemeine Wähler-Versammlung der Fortschrittspartei, in: Breslauer Zeitung 29. September 1879,

Das liberale Klima der Schule blieb bis zum Ende des Kaiserreichs erhalten. Als der Direktor gegen einen Lehrer der Schule, der sich 1880 an der Agitation für die Antisemitenpetition beteiligte, mit Rückendeckung des Magistrats eine Disziplinaruntersuchung einzuleiten versuchte und die Provinzialschulbehörde daraufhin nicht den antisemitischen Lehrer, sondern den Direktor der Schule wegen Kompetenzüberschreitung rügte, griff die Stadtverordnetenversammlung symbolisch in die Auseinandersetzung ein, indem sie dem Schuldirektor eine außerplanmäßige Gehaltserhöhung genehmigte.⁵⁷

Das Johannesgymnasium hatte auch unter den Breslauer Juden einen guten Ruf. Der Fabrikant Julius Schaeffer und seine Frau Charlotte etwa schickten um 1890 ihren Sohn Hans, den späteren Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, wegen der dort geübten „unbegrenzten Toleranz“ in diese Schule. Für Norbert Elias zählte es „zu der Minorität der städtischen Gymnasien, an denen jüdische Schüler den Druck versteckter oder offener antisemitischer Feindseligkeit von seiten der Lehrer oder Schüler kaum zu spüren hatten“.⁵⁸ Unter den jüdischen Lehrern waren zumindest zwei, Benno Badt und Adolph Wohlaer, für ihr Engagement in der jüdischen Gemeinde stadtbekannt.⁵⁹ Die Schule war auch kein goldenes Ghetto für die Söhne des jüdischen Bürgertums in Breslau. Während einer Debatte über die Konfessionalität des Breslauer Volksschulwesens verteidigte der Oberbürgermeister 1910 das Prinzip der gemeinsamen Erziehung mit dem Hinweis auf die „Beliebtheit“ des Johanneums unter „der christlichen Bevölkerung“. Es war dem Johanneum offensichtlich gelungen, sich als angesehene Eliteschule zu etablieren.⁶⁰

1–2. Eine pluralistische Schulpolitik, die jüdische und katholische Interessen berücksichtigte, verfolgte auch der Frankfurter Magistrat; vgl. Jan C. Palmowski, *Liberalism and the City. The Case of Frankfurt am Main 1866–1914*, masch. Diss, Oxford 1995, insbes. 225–234 u. 265–68.

57 *Locale und Provinzielle Umschau*, in: *Schlesisches Morgenblatt* 13. November 1880; *Locale und provinzielle Umschau*, in: ebd., 8. Dezember 1880; *Die Autorität städtischer Behörden und der Fall ‚Müller‘ in Breslau*, in: ebd., 10. Dezember 1880; *Die Stadtverordnetenversammlung*, in: *Breslauer Communal-Zeitung* 4. Dez. 1880, 7; vgl. auch die Zusammenfassung in: *Allgemeine Zeitung des Judenthums* 45 (1881), 4. Januar 1881, Beilage.

58 Charlotte Schaeffer, *Bilder aus meiner Vergangenheit, 1865–1890*, Leo Baeck Institute, New York, ME 562, 29; Norbert Elias über sich selbst, Frankfurt am Main 1990, 110.

59 Zu Badt vgl. Bertha Badt-Strauss, *Zur Erinnerung an Professor Dr. Benno Badt*, in: *Jüdische Zeitung* 39 (1932), Beilage, 5., dies., *My World and How It Crashed*, in: *The Menorah Journal Spring* 1951, 90–100.

60 Oberbürgermeister Bender, zitiert nach *Jüdisches Volksblatt* 16 (1910), 482. Vgl. auch: Willy Cohn, *Verwehte Spuren*, Köln 1995, 295 f.; Wolfgang Pax, *Bist Du auch ein Johanneer? Erinnerungen an die 20er Jahre*, in: *Mitteilungen des Verbandes ehemaliger Breslauer und Schlesier in Israel* 1977, Nr. 41, 8 f.

IV. Warum scheiterten die Breslauer Antisemiten mit ihrer Forderung, keine jüdischen Lehrer an öffentlichen Schulen anzustellen? Schließlich war es ihnen in der Frage der jüdischen Zuwanderung, die vor allem im Zuständigkeitsbereich der preußischen Regierung lag, gelungen, einen Teil ihrer antisemitischen Ideologie in die Praxis umzusetzen. Der Hinweis auf das Dreiklassenwahlrecht und die dadurch ermöglichte prominente Rolle des jüdischen Bürgertums in der Breslauer Kommunalpolitik reicht jedenfalls nicht aus, um die Durchsetzungsschwäche der Breslauer Antisemiten beziehungsweise die Stärke der Linksliberalen zu erklären. Ein Schlüssel dazu liegt in der Eigenlogik einer spezifisch ‚unpolitischen‘ Sprache der Kommunalpolitik, die den Spielraum des Sagbaren begrenzte. Im Topos der ‚unpolitischen Kommunalpolitik‘ verdichteten sich jene, um mit Willibald Steinmetz zu sprechen, „allgemein üblichen Redeweisen über Grenzen und Kompetenzen politischen Handelns (...), die den selbstverständlich geltenden Handlungsrahmen“ der Breslauer Politik des Kaiserreichs absteckten.⁶¹ Wie der Fall des Johannesgymnasiums verdeutlicht, gelang es den Antisemiten bei kommunalpolitischen Fragen nicht, außerhalb ihres engen Kreises von Anhängern breitere Schichten von ihren Ideen zu überzeugen. Der wichtigste Grund hierfür war, daß es weder den unabhängig organisierten Antisemiten noch den Judenhassern im konservativen Lager oder im Zentrum gelang, ihre Kritik an der liberalen Kommunalpolitik in eine wirksame Rhetorik zu kleiden. Wer die Politik des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung scharf und unverblümt kritisierte, setzte sich schnell dem Verdacht aus, das kommunale Leben auf unzulässige Weise zu politisieren. Ein Breslauer Bürgerstolz überwölbte die parteilichen Differenzen. Wer mit seiner politischen Rhetorik dagegen verstieß, galt leicht als Nestbeschmutzer.

Ein aufgeregter Ton, mit dem sich zwar Parteigänger untereinander ihrer Haltung versichern, die Antisemiten jedoch keine neuen Anhänger gewinnen konnten, kennzeichnete etwa die kommunale Berichterstattung der katholischen Presse. Eine um den Jahreswechsel 1879/80 vom katholischen *Deutschen Volksfreund* veröffentlichte siebenteilige Serie *Zur Judenfrage* kulminierte in einer Analyse der Breslauer Kommunalpolitik, in der Antisemitismus und ausfallende Kritik an der Stadtverordnetenversammlung sowie der kommunalen Leistungsverwaltung eine Symbiose eingingen. „Die Kinder Israels (...) gelangen immer mehr in die höheren Gesellschaftskreise“, und deshalb „führt der Jude in den Magistrats- und Stadtverordnetencollegium das große Wort (...) und setzt manches durch, was für das

61 Willibald Steinmetz, *Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780–1867*, Stuttgart 1993, 33.

Gesamtwohl von zweifelhaften Nutzen ist, wie Canalisation (...) und ähnliche Unternehmungen“.⁶²

Der von den Antisemiten gepflegte „paranoid style of politics“⁶³ stand im Gegensatz zu den ungeschriebenen Gesetzen der Breslauer Kommunalpolitik, die anderen Regeln folgte als die Politik in Preußen oder im Reich. Über den unpolitischen Charakter der Kommunalpolitik waren sich so unterschiedliche Blätter wie die konservative *Breslauer Communal-Zeitung* und die linksliberale *Schlesische Presse* einig. „Daß das Parkett des Stadtverordneten-Saales ein neutraler Boden ist, auf welchem lediglich städtische, das Gemeinwohl fördernde, nicht aber politische und persönliche Interessen verfochten werden sollen“, proklamierte die *Breslauer Communal-Zeitung* auf dem Höhepunkt der ersten antisemitischen Welle in Breslau im Oktober 1880.⁶⁴ „Kommunalfragen“, hatte zwei Jahre zuvor die *Schlesische Presse* argumentiert, seien im Geist „intelligenter und besonnener Objektivität“ zu erörtern, in jedem Fall aber „von Einflüssen einseitiger oder gar confessioneller Parteitaktik“ freizuhalten.⁶⁵ Zweifellos war der Topos der unpolitischen Kommunalpolitik auch ein probates Mittel, um eigene politische Interessen mit dem Allgemeinwohl gleichzusetzen und die Honoratiorenpolitik ins Zeitalter des politischen Massenmarktes hinüber zu retten. Die Vorstellung des Stadtparlaments als „neutralem Boden“ trug gleichwohl dazu bei, kommunalpolitische Konflikte zu entschärfen.⁶⁶

Im spezifisch unpolitischen Charakter des kommunalpolitischen Handelns liegt ein Schlüssel zum Verständnis dafür, warum der Handlungsspielraum der Antise-

62 Zur Judenfrage VI, in: Deutscher Volksfreund 6. Februar 1880.

63 Richard Hofstadter, *The Paranoid Style in American Politics*, in: ders., *The Paranoid Style in American Politics and Other Essays*, New York 1967, 3–40.

64 Die Stadtverordnetenwahlen, in: *Breslauer Communal-Zeitung* 30. Oktober 1880; vgl. auch: *Unser Programm*, in: ebd., 27. März 1880: „Unabhängig und unbeeinflußt von Parteiströmungen und unter absoluter Fernhaltung aller Erörterungen politischer oder religiöser Fragen.“

65 *Communale Umschau* XLVI, in: *Schlesische Presse*, 1. Dezember 1878, 6.

66 Wolfgang Hofmann hat zu Recht die Vorstellung einer unpolitischen Kommunalpolitik als Mythos kritisiert. Ders., *Zwischen Rathaus und Reichskanzlei. Die Oberbürgermeister in der Kommunal- und Stadtpolitik des Deutschen Reiches von 1890–1933*, Stuttgart 1974, 44 f. Entscheidend scheint mir der spezifische Charakter des kommunalpolitischen Selbstverständnisses zu sein. Das hatte wohl auch Wolfgang Hardtwig im Blick, als er von der „verzögerten Politisierung“ in der städtischen Selbstverwaltung sprach. Ders., *Großstadt und Bürgerlichkeit in der politischen Ordnung des Kaiserreichs*, in: Lothar Gall, Hg., *Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert*, München 1990, 47; vgl. auch James J. Sheehan, *Liberalism and the City in Nineteenth Century Germany*, in: *Past and Present* 51 (1971), 134 f.; zu Breslau vgl. Hettling, *Bürgerlichkeit*, wie Anm. 9, 206 f. Hettling zufolge sei es den „städtischen Bürgern (...) darum [gegangen], eine Fragmentierung in politische Parteien innerhalb der Stadtverwaltung zu verhindern“. Ebd., 206.

miten innerhalb der Breslauer Stadtverordnetenversammlung eng begrenzt blieb. Solange die liberalen Stadtverordneten ihre Mehrheit im städtischen Parlament verteidigen konnten, war jeder antisemitische Vorstoß in der Stadtverordnetenversammlung zugleich ein Verstoß gegen die „intelligente und besonnene Objektivität“. Ein subtiler Mechanismus trennte das Sagbare vom Unsagbaren, die nüchtern-sachliche Sprache der Kommunalpolitik vom demagogischen Parteiengezänk. Bereits im Frühjahr 1880 mußten mit den Antisemiten sympathisierende Stadtverordnete die Grenzen des in der Stadtverordnetenversammlung Sagbaren erfahren. Um nicht von vornherein dem Verdikt zu unterliegen, die Stadtverordnetenversammlung auf unzulässige Weise zu politisieren, erfolgte dieser erste Vorstoß des kommunalen Antisemitismus anhand einer scheinbar nebensächlichen Frage: der Neuwahl des Direktoriums eines städtischen Krankenhauses. Trotzdem scheiterten die Antisemiten an dem entschiedenen Widerstand von liberalen Stadtverordneten, unter denen Breslauer Juden eine prominente Rolle spielten.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in ihrer Sitzung vom 23. März 1880 über die Neubesetzung des Direktoriums des Aller-Heiligen-Krankenhauses zu entscheiden. Die von der Wahl- und Verfassungskommission des Stadtparlaments präsentierte Kandidatenliste enthielt die Namen fünf angesehener Ärzte, unter ihnen vier Breslauer Juden. Im Vorfeld der Sitzung hatten antisemitische Stadtverordnete, wie der Stadtverordnete Simon in der folgenden Debatte spotten sollte, an „wenige Auserwählte“ Zettel mit der Aufforderung verteilt, drei der vier jüdischen Ärzte von der Liste zu streichen und an ihrer Stelle drei christliche Ärzte zu wählen. Gegen das Prinzip der fachlichen Qualifikation setzten die Antisemiten auf konfessionellen Proporz. Um einen möglichst reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, ohne dabei die antisemitischen Motive offenlegen zu müssen, hatte der Stadtverordnete Seidel beantragt, über die Liste per Zettelwahl zu entscheiden. Daraufhin beantragte der Stadtverordnete Friedländer, Stadtrichter a. D. und Führer der Breslauer Linksliberalen, die Angelegenheit in geheimer Sitzung zu verhandeln, um den Plan der antisemitischen Stadtverordneten zu vereiteln. Da Friedländers Gegenstrategie breite Unterstützung fand, waren die Antisemiten gezwungen, ihre Motive offen zu artikulieren. Obwohl der Sprecher der Antisemiten die hohe fachliche Qualifikation der Kandidaten anerkannte, kritisierte er die Liste der Kommission scharf: „Unter den Herren, welche die Wahl- und Verfassungs-Commission uns vorschlägt, befinden sich fünf Aerzte und unter diesen fünf ist nur einer ein Christ.“ Daß das Motiv der Kritiker nicht etwa fachlicher Mangel der vorgeschlagenen Kandidaten, sondern antijüdisches Ressentiment war, lag jetzt auf der Hand.

Die Antisemiten hatten gegen die ungeschriebenen Gesetze der unpolitischen Kommunalpolitik verstoßen.

Umgehend erhob sich in der Stadtverordnetenversammlung „lebhafter Widerspruch“, und die Liberalen zogen nun den Antrag auf geheime Sitzung zurück. Es sei, erklärte der jüdische Stadtverordnete Milch, „im Interesse und der Würde der Stadt und dieser Versammlung, daß die Herren wenigstens den Muth haben, in öffentlicher Sitzung zu sagen, daß wir uns theilen in christliche und jüdische Stadtverordnete.“ Explizit verwies Milch auf den in der Kommunalpolitik geltenden Ehrenkodex. „Jeder von uns“, appellierte er an seine Kollegen, „vertritt die ganze Bürgerschaft. Im Interesse meiner Glaubensgenossen und der Stadt Breslau wünsche ich, daß durch die Presse bekannt werde, in welcher Weise jetzt in diesem Saale diskutiert wird.“ Der in die Enge getriebene Sprecher der Antisemiten versuchte, die Situation zu retten, indem er auf die allgemeine Debatte über die „Judenfrage“ verwies. Auch in Breslau habe sich das politische Klima „nun einmal gegenwärtig so zugespitzt, daß man auf dergleichen Unterschiede Rücksicht nimmt und darauf Rücksicht nehmen muß.“ Das Schlußwort zu dieser hochemotionalen Debatte sprach Moritz Elsner, seit 1863 Stadtverordneter, eines der angesehensten Mitglieder der Versammlung und mit gut siebzig Jahren Doyen des Breslauer Liberalismus. „Was würde es in der ganzen Monarchie für einen Eindruck machen“, wandte sich Elsner nicht ohne Bitterkeit an seine Kollegen und appellierte zugleich an deren Bürgerstolz, „wenn die Stadtverordnetenversammlung von Breslau nun auf einmal durch ihre Abstimmung die Judenhetze reflectieren wollte. (...) Lassen Sie um Gottes Willen den Geist, der jetzt in vielen Kreisen herrscht, hier nicht Platz greifen.“ Elsners Stimme hatte Gewicht. „Fast einstimmig“, wie das Protokoll vermerkt, lehnten die Breslauer Stadtverordneten den Antrag auf Zettelwahl ab und bestätigten die Vorschläge der Wahl- und Verfassungskommission.⁶⁷

Wichtiger als dieser taktische Sieg der Liberalen aber war, daß die Sprache des Antisemitismus in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung nicht nur keine Resonanz fand, sondern nachgerade ein Tabu darstellte. Während der Reichstag

67 Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 23. März 1880, Neuwahl des Directoriums des Aller-Heiligen-Krankenhauses (APW, AMW, H 120, Bd. 120, Bl. 880–882; 902–912; 981–998); Simon (Bl. 994–995); Friedländer (ebd., Bl. 981–82); Seidel (ebd., Bl. 986–87 u. 989); Milch (ebd., Bl. 987–88); Elsner (ebd., Bl. 995–97). In der Revolution von 1848/49 war Elsner der „bedeutendste Vertreter“ der radikalen Demokratie in Schlesien gewesen, war dann eines der prominentesten Breslauer Opfer der Reaktionspolitik gewesen, um schließlich nach 1862 eine zweite, erfolgreiche Karriere als Herausgeber der einflußreichen Breslauer Morgen-Zeitung zu beginnen, vgl. Arno Herzig, Die unruhige Provinz. Schlesien zwischen 1806 und 1871, in: Norbert Conrads, Hg., Schlesien (Deutsche Geschichte im Osten Europas), Berlin 1994, 466–553, hier 539 f.; A. Teichmann, Moritz Elsner, in: ADB 48 (1904), 339–41.

und der Preußische Landtag bis zum Ende des Kaiserreichs wiederholt die sogenannte „Judenfrage“ debattierten und die Stadtverordnetenversammlungen in Städten wie Potsdam und Dresden Schächtverbote verabschiedeten, gab es im Breslauer Stadtparlament nach der Sitzung vom 15. März 1880 bis 1918 keine weitere „Judendebatte“. Zweifellos spielte der Antisemitismus im Vorfeld einiger Stadtverordnetenwahlen eine Rolle, manche erfolgreiche Kandidaten präsentierten sich bewußt als Gegner der angeblichen Breslauer Judenherrschaft. Sobald sie jedoch den Sitzungssaal im Breslauer Rathaus betraten, mußten sie auf jede antisemitische Rhetorik verzichten. Die Aura und das Selbstverständnis der Stadtverordnetenversammlung begrenzten ihre Möglichkeiten, in der Kommunalpolitik als Antisemiten zu agieren. Während zur gleichen Zeit Heinrich von Treitschke der antisemitischen Bewegung den „Kappzaum der Scham“ genommen hatte, gelang es den Breslauer Liberalen, den Antisemitismus in der Stadtverordnetenversammlung zu tabuisieren. Die Sprache des Antisemitismus galt in Breslau als die Sprache der Gosse und des Pöbels, keinesfalls aber als die Sprache der Kommunalpolitik.⁶⁸

V. Diese kurze Geschichte des Breslauer Antisemitismus im Kaiserreich verdeutlicht, daß es für die Antisemitismusforschung ratsam ist, den Unterschied zwischen politischem Sprechen und politischem Handeln nicht zu verwischen. Wenn man die Beziehung zwischen antisemitischem Sprechen und Handeln nicht als gegeben voraussetzt, sondern analysiert, zeigt sich, daß antisemitische Ideen nicht automatisch in antisemitische Praxis münden. Ob die Breslauer Antisemiten ihre Ideologie in die Praxis umsetzen konnten, hing nicht primär davon ab, welchen Stellenwert dieses Element in ihrer Weltanschauung einnahm. Wie andere politische Akteure nahmen auch die Antisemiten an vielen Auseinandersetzungen Teil, in denen sie nach Verbündeten suchten, aber auch auf entschlossenen Widerstand trafen. Eine wichtige Rolle spielten dabei die preußische Regierung, welche die Antisemiten unterstützte, und die Organe der kommunalen Selbstverwaltung, die sich ihnen

68 Eine Übersicht über die „Judendebatten“ im Reichstag und dem Preußischen Landtag bieten Uwe Mazura, *Zentrumspartei und Judenfrage 1870/71–1933. Verfassungsstaat und Minderheitenschutz*, Mainz 1994, 73–170. Zum Antisemitismus in der Dresdner Kommunalpolitik vgl. Gerald Kolditz, *Zur Entwicklung des Antisemitismus in Dresden während des Kaiserreichs*, in: *Dresdner Hefte* 45 (1996), 37–45, v.a. 40–42; Rudolf Heinze, *Dresden*, in: *Verfassung und Verfassungsorganisation der Städte*, Bd. 4, 1 (Schriftenreihe des Verein für Sozialpolitik Bd. 120, 1), Leipzig 1905, 85–122, bes. 115 u. 117 f. Über erfolgreiche antisemitische Anträge in Stadtverordnetenversammlungen, das Schächten zu verbieten, vgl. etwa *Der Israelit* 42 (1901), 837, 853 f. u. 2079–2081. Die Formulierung „Kappzaum der Scham“ stammt aus Theodor Mommsens scharfer, wenn auch sehr später Antwort auf Treitschkes Antisemitismus; zitiert nach Boehlich, *Antisemitismusstreit*, wie Anm. 14, 220.

entgegenstellten. Würde man die Perspektive erweitern, kämen weitere Akteure in den Blick: Jüdische Organisationen, Vereine und Individuen, die den Antisemitismus unterstützten, duldeten oder bekämpften.

Diese erweiterte Perspektive zeigt, daß die Forschungen zum Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich dessen praktische Wirkung häufig überzeichneten. Sie fragten vor allem nach der Manifestation und Verbreitung antisemitischer Ideologie, selten jedoch danach, ob und unter welchen Bedingungen es den Antisemiten möglich war, ihre Forderungen in politische Handlungen umzusetzen. Das Deutsche Kaiserreich war in der Perspektive der deutsch-jüdischen Geschichte kein Modell einer multi-kulturellen Gesellschaft. Zumindest im Bereich der Schule aber zeigte sich die Stadt Breslau in Grenzen bereit, Juden als Juden gleichberechtigt teilhaben zu lassen, und betrachtete selbst jüdische Zuwanderer aus Osteuropa als Teil der städtischen Bürgerschaft. Gewiß gab es Diskriminierung und Exklusion, wie die Erfahrung der jüdischen Einwanderer zeigt. Antisemitismus war in Breslau ein kultureller Code, nicht die herrschende soziale Norm. Er signalisierte die Zugehörigkeit zu einem konservativen Milieu, dem Vertreter des traditionellen und des neuen populistischen Konservatismus angehörten. Aber die Breslauer Antisemiten blieben eine Minderheit.

Die Bemühung diese Aufsatzes, antisemitische Ideologie nicht zu einem Nebenprodukt sozioökonomischer Krisen zu erklären, sondern Eigengewicht und -dynamik des Antisemitismus als Ideologie ernst zu nehmen, sollte nicht mit dem Versuch verwechselt werden, die überkommene Vorstellung einer vom Kaiserreich in den Nationalsozialismus führenden Kontinuität des deutschen Antisemitismus wiederzubeleben.⁶⁹ Die genaue Analyse der antijüdischen Ideologie ist unverzichtbar, da Gefühle, Phantasien und Sehnsüchte, also auch Haß und Wahnvorstellungen, in politischen Ideologien und der politischen Praxis eine zentrale Rolle spielen. Ebenso wichtig aber ist die Untersuchung des vielschichtigen und kontingenten Übersetzungsprozesses, in dem antisemitische Ideologie in politische Praxis umschlägt. Zudem plädiere ich für eine Alltagsgeschichte des Antisemitismus und des Verhältnisses zwischen Juden und Nichtjuden. Diese setzt einen erweiterten Politikbegriff voraus, der die parteipolitischen Kräfteverhältnisse oder das Dreiklassenwahlrecht ebenso einschließt wie die Debatte über das Direktorium des Krankenhauses oder die Gehaltserhöhung des Schuldirektors. Auch nach der linguistischen Wende ist das Projekt einer Sozialgeschichte des Antisemitismus nicht obsolet; aber es müßte eine Sozialgeschichte sein, die das jeweilige Verhältnis zwi-

69 Daniel Jonah Goldhagen, *Hitler's Willing Executioners. Ordinary Germans and the Holocaust*, New York 1996, 70.

schen antisemitischer Ideologie und politischem Handeln untersucht. Wer danach fragt, warum Personen und Gruppen „antisemitisch werden“, oder allgemein nach der Genese antisemitischer Ideologie fragt, wird gut beraten sein, sich nicht auf im engeren Sinn sozialgeschichtliche Methoden, sondern auf diskurs- und ideengeschichtliche, kulturanthropologische und psychohistorische Methoden zu stützen.